DER LANDRAT

Geschäftsbereich: Personal und Organisation	DRUCKSACHE	
Az.: 10.27	lfd. Nr.	Jahr
Datum: 11.11.2020	148	2020

Vorlage

		Zutreffendes ankreuzen ☑				
an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	öffent- lich	nicht- öffentlich	Beschlussvorschlag		
				ange- nommen	abgelehnt	geändert
☐		☐	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	27.11.2020		☒			
☒ Kreistag	09.12.2020	☒	☐			
☒ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention wurden berücksichtigt:		☐ ja	☐ nein	☒ entfällt		

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):							Geschäftsbereich 10 zur Beschlussausführung. (Handzeichen)
Gefertigt: 10.27	gez. Grandt- Packi	Beteiligt: 10.21	gez. Gröpke		gez. Herzog	Landrat gez. Radeck	

Betreff:

Übertragung von Resturlaubsansprüchen der tariflich Beschäftigten beim Landkreis Helmstedt bis zum 30.09. des Folgejahres

Beschlussvorschlag:

Für die tariflich Beschäftigten beim Landkreis Helmstedt besteht beginnend mit dem Resturlaubsanspruch aus dem Jahr 2020 wieder die Möglichkeit analog zu der Regelung für die Beamtinnen und Beamten, Resturlaubstage bis zum 30.09. des Folgejahres zu übertragen.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 148	Jahr 2020

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

Gemäß § 26 Abs. 2 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) ist der Resturlaub der Beschäftigten bereits in den ersten drei Monaten des Folgejahres anzutreten.

5 Das Präsidium des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen hatte in seiner damaligen Sitzung am 22.09.2005 jedoch keine Bedenken, wenn Mitglieder es für ihre Beschäftigten übertariflich zulassen, dass der Resturlaub entsprechend der für Beamtinnen und Beamten geltenden Nds. Erholungsurlaubsverordnung bis zum 30.09. des Folgejahres angetreten werden kann.

10 Diese Regelung wurde dann für die tariflich Beschäftigten beim Landkreis Helmstedt übernommen.

Da seit der Einführung der Doppik im Haushaltsjahr 2009 die zu bildenden Rückstellungen für die zu übertragenen Resturlaubstage den Haushalt durch die Ausweisung in der Bilanz zusätzlich belasteten, wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung seinerzeit
15 beschlossen, diese übertarifliche Regelung mit der Übertragung des Resturlaubs aus dem Jahre 2013 auf Dauer zu widerrufen.

Seit dem Jahr 2014 müssen daher die tariflich Beschäftigten bis zum 31.03. ihren Resturlaub aus dem Vorjahr angetreten haben.

20 Durch diese Maßnahme konnte jedoch die erwartete Verbesserung des Finanzhaushaltes nicht erreicht werden.

Daher sollte beginnend mit der Übertragung des Resturlaubs aus 2020 im Rahmen der Gleichbehandlung und der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität für die Beschäftigten
25 analog zur Regelung für die Beamtinnen und Beamten wieder die Möglichkeit bestehen, etwaigen Resturlaub bis zum 30.09. des Folgejahres antreten zu können.

Zudem ermöglicht eine großzügigere Übertragungsmöglichkeit mehr Flexibilität, die gerade in der derzeitigen Krisensituation nötig erscheinen kann.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 148	Jahr 2020

30

2. Abdruck

Personalrat Verwaltung
z. H. Herrn Burzlaff

35

im Hause

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

40

Im Auftrage

gez.: Gröpke

45

(Gröpke)

3. Abdruck

50

Gleichstellungsbeauftragte
Frau Morof

im Hause

55

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

60

Im Auftrage

(Gröpke)

65

4. 10.111 Original entnommen: _____

70

5. 10.22 / 10.23 / 10.24 / 10.25 / 10.26 / 10.28 / 10.29

/ 10.211 / 10.212 zur Kenntnis

75

6. Wv. Kreisausschuss am 27.11.2020
. Wv. Kreistag am 09.12.2020